

POLITIK

BUNDESTAGSWAHL

Drohbriefe an Politiker mit Migrationshintergrund Rechtsextremistische Partei wieder hochaktiv Zaman, 17.09.2013, Titelseite

Eine Woche vor der Bundestagswahl bleibt sich die NPD ihrer Tradition treu und verschickt Drohbriefe an Politiker mit Migrationshintergrund. Die NPD verlangt in ihrem Schreiben die Rückkehr in die Herkunftsländer der Politiker. Die NPD erklärt auf ihrer Homepage, dass sie allen Kandidaten mit Migrationshintergrund, die sich zur Wahl haben aufstellen lassen, ihr Schreiben zuschickt. Insbesondere Politiker aus der Partei Die Grünen und die noch junge Partei BIG (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit), deren Mitglieder und Politiker hauptsächlich türkischer Herkunft sind, erhalten die Briefe. Die Briefe tragen sowohl das Logo der NPD als auch die Unterschrift von Jan Sturm. Kandidaten nicht-deutscher Herkunft sollen Deutschland sofort verlassen, so die Forderung.

Der Grünen-Kandidat aus Berlin-Lichtenberg Bartosz Lotarewicz und Özcan Mutlu aus dem Wahlkreis Berlin-Mitte sowie Mijgan Percin erhielten die Briefe der NPD mit folgendem Wortlaut:

„Wir bevorzugen es, dass Sie migrieren und sich woanders niederlassen.“ Neben dem Brief findet sich das Muster eines Flugtickets. Der Pressesprecher der NPD, Frank Franz bestätigte, dass die Briefe aus seiner Partei stammen. Die NPD erklärt, dass andere Wege gefunden werden würden, wenn die Kandidaten nicht freiwillig zurückkehren würden. Zu erwarten ist, dass gegen die NPD Strafanzeigen erstattet werden.

Die Briefe sind an die Privatadressen der Kandidaten gesendet worden. Mısırlıoğlu von der BIG weist darauf hin, dass die Briefe offen gefährlich formuliert sind und an Menschen versendet wurden, die deutsche Staatsbürger sind. Mısırlıoğlu betont darüber hinaus, dass in Deutschland seit über 50 Jahren Türken leben.

Mutlu erstattet Strafanzeige gegen die NPD Sabah, 17.09.2013, S. 15

Der Berliner Abgeordnete und Grünen-Politiker Özcan Mutlu hat gegen die rassistische NPD Strafanzeige erstattet. Mutlu entschied sich dazu aufgrund der Briefsendungen der NPD an ausgewählte Politiker mit Migrationshintergrund: „Diese Art von Drohungen widersprechen der Demokratie und dürfen keinesfalls stillschweigend hingenommen werden.“

Im Schreiben wird Özcan Mutlu mit einem Muster eines Flugtickets dazu aufgefordert, Deutschland zu verlassen.

Will die SPD so die Stimmen der Türken gewinnen? Sabah, 05.09.2013

Die SPD wirbt im Bundestagswahlkampf vermehrt um die Stimmen der Türken. Nach Sarrazin schimpft nun auch Buschkowsky gegen die Türken. Der Bezirksbürgermeister von Neuköllner SPD-Politiker Heinz Buschkowsky fordert: „Türkische Kriminelle und Straftäter müssen ausgewiesen werden.“

Buschkowsky, der in der Bild-Zeitung einen Kommentar verfasste, gerierte sich ähnlich wie das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin. Buschkowsky bezieht sich in seinem Kommentar auf ein Ereignis in Berlin und erklärt: „Wenn er diesen Staat und die Vertreter dieses Staates so sehr hasst, dann frage ich mich, weshalb wir ihn nicht an die Türkei ausweisen.“

Ähnlichkeiten mit Koch

Dem Kommentar zufolge haben zwei türkische Staatsbürger, die um die 20 Jahre alt sind, ein Polizeiauto angehalten. Das Auto fuhr vor ihnen und war den beiden Männern zu langsam. Sie hielten das Auto an und verprügelten daraufhin die Polizisten.

Buschkowsky schließt von kriminellen Einzelfällen auf die gesamte Gruppe der in Deutschland lebenden Türken. Die Überschrift in der Bild-Zeitung, die das Wort „Türke“ und „türkisch“ beinhaltet, erinnert an die Kampagne in Hessen vor einigen Jahren, die auf den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zurückging.

LANDTAGSWAHL IN BAYERN

Die CSU regiert wieder allein Sabah, 16.09.2013, S. 15

Gestern wurde im Bundesland Bayern neu gewählt. Den ersten Ergebnissen zufolge ist die CSU allein an der Macht.

Die Wähler in Bayern haben gestern darüber entschieden, wer sie die nächsten fünf Jahre regieren wird. 9,5 Millionen Wahlberechtigte gibt es in Bayern. Bei der diesjährigen Landtagswahl wurde eine höhere Wahlbeteiligung verzeichnet. Den ersten Ergebnissen zufolge kann die CSU in Bayern allein regieren. Die Wahlen in Bayern werden als Test für die in der kommenden Woche stattfindende Bundestagswahl gesehen.

Die SPD in Bayern konnte ihr Stimmenergebnis von 18,6% im Jahr 2008 auf 21% erhöhen, wohingegen die

Grünen von 9,4% auf 8,5% fielen. Auch die Freien Wähler verloren Stimmen: von 10,2% auf insgesamt 8,5%. Die CSU verzeichnet einen Stimmenzuwachs von 43,4% auf insgesamt 49%.

Seit 1957 an der Macht

Die im Jahr 1945 in Bayern gegründete CSU ist seit 1957 an der Regierungsmacht beteiligt. Die seit einem halben Jahrhundert geführte Alleinherrschaft wurde im Jahr 2008 durch einen großen Stimmenverlust unterbrochen. Dadurch regierte die CSU in Koalition mit der FDP. Laut der Satzung der konservativ-christlichen CSU kann sich die Partei ausschließlich an den Wahlen im Bundesland Bayern aufstellen lassen. In den anderen Bundesländern unterstützt die CSU ihre Schwesternpartei die CDU. Im Bundestag nimmt die CSU gemeinsam mit Angela Merkel und der CDU den Platz innerhalb der Koalition ein.

Hohe Wahlbeteiligung in Bayern

Zaman, 16.09.2013, S. 5

Eine Woche vor der Bundestagswahl wurde in Bayern eine hohe Wahlbeteiligung während der Landtagswahl verzeichnet. Das Bundesland Bayern gilt als Hochburg der CSU. Ein überraschendes Ergebnis wurde deshalb nicht erwartet, wohingegen die schwarz-gelbe Mehrheit für den Bund zunehmend schwindet.

Auffällig war die höhere Wahlbeteiligung im Gegensatz zum letzten Wahljahr 2008. Zusätzlich war das Interesse an der Briefwahl sehr hoch gewesen. In München entschieden sich 29% der Wähler für die Briefwahl. Für die für die kommende Woche am 22. September angesetzte Bundestagswahl werden keine Überraschungen erwartet.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gab seinen Stimmzettel in Gerolfing, in der Nähe von Ingolstadt ab. Der Listenkandidat und sozialdemokratische Münchener Oberbürgermeister Christian Ude gab seinen Stimmzettel in Milbershofen ab.

Im Jahr 2008 verzeichnete die CSU während der Landtagswahl einen Stimmenverlust. Damals erlangten die Christdemokraten 43,4% und bildeten mit den Liberalen die Regierung in Bayern.

Seehofers Ziel ist es, gemeinsam mit den Liberalen wieder die Regierung zu stellen. Die FDP erlangte bei der letzten Landtagswahl in Bayern insgesamt 8% und verzeichnete mit diesem Ergebnis einen Rekord. Noch ist nicht klar, ob die FDP die Wahlhürde in Bayern schaffen wird. Falls die FDP den Einzug in den Landtag nicht schaffen sollte und die CSU sich die absolute Mehrheit nicht sichern kann, so wird es wahrscheinlich zu einem Regierungswechsel kommen.

Allerdings wird laut den jüngsten Umfragen zufolge erwartet, dass die SPD auf 18,6% kommt. Ude hingegen erwartet ein Ergebnis, das über 20% liegt. Damit die SPD an die Regierung kommt, müssen die Grünen und die Freien Wähler ihren Erfolg von 2008 fortsetzen können. Bei der Landtagswahl 2008 erreichten die

Grünen 9,4% und die Freien Wähler 10,2% der Stimmen. Der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger erklärte, dass er sowohl mit der SPD als auch mit der CSU in koalieren würde.

Neben der Landtagswahl wurden auch die Bezirkstage neu gewählt. Darüber hinaus standen drei Volksentscheide zur Wahl (*fünf, Anm. M. K.*).

RELIGION, POLITIK, BILDUNG, GESELLSCHAFT UND DIVERSITÄT – DEUTSCHLAND UND EUROPA

„BURKINI“-URTEIL

Burkini-Urteil eröffnet den Weg von Mädchen zum Schwimmunterricht

Zaman, 14.09.2013, S. 3

Das Bundesverwaltungsgericht in Deutschland beendete den Streit um den seit Jahren geführten Schwimmunterricht. Das Gericht, das über die Teilnahme muslimischer Schülerinnen am Schwimmunterricht entschied, fällte sein Urteil zugunsten der verpflichtenden Teilnahme am Schwimmunterricht.

Der Burkini entspreche laut dem Gericht islamischen Standards. Dadurch können auch muslimische Mädchen am Schwimmunterricht teilnehmen. Nach dem Urteil erklärten kritische Stimmen, dass das Gericht den Sachverhalt lediglich auf ein weibliches Bekleidungsstück reduziert hat.

Das Gericht unterstrich die Notwendigkeit der Teilnahme am Schwimmunterricht gemeinsam mit Jungen. Es ist wichtig, so das Gericht, dass kein Junge und kein Mädchen den Schwimmunterricht entbehren müssen. Indessen stellt die Forderung des Gerichts etliche Familien vor logistische Probleme: in Deutschland gibt es keine Geschäfte, in denen Burkinis verkauft werden. Zusätzlich gibt es keinen Hersteller von Burkinis in Deutschland.

Bis die entsprechende Schwimmbekleidung gefunden werden kann, wird es sicherlich zu unangenehmen Situationen zwischen der Schulleitung und den Eltern kommen, was wiederum Auswirkungen auf die soziale Situation der Kinder in den Schulen besitzen wird.

In Deutschland wird den Kindern das Schwimmen von Fachpersonal beigebracht. Dabei entstehen dem Staat Kosten, weshalb der Schwimmunterricht als ein so wichtiger Bestandteil betrachtet wird. Trotz alledem gibt es etliche Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland nicht am Schwimmunterricht teilnehmen und das Schwimmen nie lernen.

(siehe *dazu:*
<http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2013&nr=63>, *Anm. M. K.*)

Zentralrat zeigt sich zufrieden mit dem Burkini-Urteil Zaman, 16.09.2013, S. 5

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland zeigt sich mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bezüglich des Burkinis zufrieden. Die Erklärung des Zentralrats dazu lautet:

„Unseres Erachtens bietet der Burkini, der den gesamten Körper bedeckt, eine islamisch konforme Lösung. Es räumt den Respekt vor der Glaubens- und Gewissensfreiheit ein.“

Der Klägerin ist indes nicht genügend Raum für die eigene Selbstbestimmung eingeräumt worden, was problematisch ist. In der Praxis wird der Sportunterricht nach Geschlechtern getrennt erteilt und wird nicht als Problem angesehen. Der Zentralrat verwies darauf hin, dass der Burkini für den Schwimmunterricht in der Tat als Lösung gilt.

Kardinal Meisner warnt vor Parallelgesellschaft Zaman, 14.09.2013

Kardinal Joachim Meisner befürchtet mit Blick auf die neue Moschee in Köln, die als modernste Moschee in Europa gilt, die Entstehung einer Parallelgesellschaft. Hintergrund sind die bereits bestehenden Geschäfte und Banken, deren Betreiber, Inhaber und Geschäftsführer Türken sind.

Kardinal Meisner, der sich im Interview mit Medienvertretern aus der deutschen Presse dazu äußerte erklärte, dass die Kirchen eine stärkere Kommunikation mit den Muslimen und einen regeren Austausch üben sollten. Dadurch könnte die Entstehung von einer Parallelgesellschaft vermieden werden. Meisner betont in Düsseldorf, dass die Muslime das Recht haben, eigene Moscheen zu bauen. Gleichzeitig äußert Kardinal Meisner seine Skepsis über die Planungen hinsichtlich der Umgebung der Moschee: auf dem Gelände sollen Kaffees, Geschäfte und Banken entstehen. Falls dies, so Meisner, die türkische Kultur importieren soll, kann das nicht als Beitrag zur Integration gewertet werden.

Kardinal Meisner betont die Aufgabe der Kirchen, sich an gut integrierte und demokratische Muslime zu wenden und hier den Dialog zu intensivieren. Zugleich unterstreicht er, dass nicht diese Muslime für extremistische Strömungen aus dem Islam verantwortlich gemacht werden können.

„Ich bin gegen gemeinsame muslimisch-christliche Gebete an den Schulen“

Der Kardinal kritisierte den schlechten Umgang mit Christen in islamischen Ländern. In der Türkei werden die Kirchen nicht gleichberechtigt behandelt, so der Kardinal. Überdies werden lediglich christliche Geistliche akzeptiert, die in der Türkei ausgebildet wurden. Die Wiedereröffnung der christlichen Seminare werde nach wie vor in der Türkei nicht erlaubt, so Meisner.

Der Kardinal richtete seine Worte an den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan: „Sie gaben mir jedes erdenkliche Versprechen. Aber bisher gibt es überhaupt keinen Fortschritt.“

Deshalb erhofft der Kardinal, dass die hier in Deutschland lebenden muslimischen geistlichen Vertreter sich für die Verbesserung der Lage der Christen in der Türkei stark machen werden.

Der Kardinal sprach sich wiederholt gegen das gemeinsame Beten von christlichen und muslimischen Schülern und Schülerinnen an Schulen aus. Den Kindern ist es auf diese Weise nicht möglich, die Religionen und ihre spezifischen Eigenschaften voneinander zu unterscheiden.

KOPFTUCH-VERBOT

Das Verbot führte zur Distanzierung vom Lehrberuf Zaman, 23.07.2013, S. 4

Die Bremer Professorin Yasemin Karakaşoğlu erklärt in einem Interview mit dem Mediendienst Integration, dass durch das Kopftuchverbots viele betroffene junge Frauen vom Lehrberuf abgekommen sind.

Ferda Ataman vom Mediendienst Integration, führte anlässlich des zehnjährigen Kopftuch-Urteils mit Yasemin Karakaşoğlu ein Interview. Prof. Karakaşoğlu erklärt, dass sich an ihrer Universität jedes Jahr vier bis fünf Musliminnen mit Kopftüchern unter den Lehramtsstudentinnen befinden. Ein Teil von ihnen legt während des Universitätsstudiums das Kopftuch ab. Der andere Teil trägt das Kopftuch auch weiterhin. Karakaşoğlu erklärt, dass das Kopftuchverbot in dieser Gruppe dazu führte, dass sich die Lehramtsstudentinnen gegen den Lehrberuf entschieden.

Prof. Karakasoglu fügt hinzu, dass sie unter ihren Studentinnen, die Kopftücher tragen, Umfragen durchführt und ihre Biographien versucht zu beobachten:

„Ein Teil von ihnen ist in den Lehrdienst an von Migranten gegründete Schulen eingetreten. Ein anderer Teil von ihnen sieht sich seiner Vorstellungen und Ziele beraubt und zieht sich zurück und arbeitet nicht. Dennoch ist die Zahl derjenigen, die tatsächlich das Urteil erhielten, ihr Kopftuch abzulegen, sehr gering. Das Urteil aus dem Jahr 1998 gegenüber Fereshta Ludin hat insgesamt nicht dazu geführt, dass vom Tragen des Kopftuchs deutlich Abstand genommen wurde.“

Karakaşoğlu erläuterte zusätzlich, dass das Kopftuch weniger ein Problem für die Schüler sei als vielmehr innerhalb des Lehrerzimmers.

ISLAM-BILD IN DEUTSCHLAND

Professor Thomas Bauer: „Die Wahrnehmung des Islam wird immer noch von Vorurteilen bestimmt“

Zaman, 24.07.2013, Titelseite und Seite 4

Thomas Bauer, Professor an der Münsteraner Universität erklärt, dass die Wahrnehmung des Islam und des Ostens in Deutschland nicht mit der Realität übereinstimmen. Im Vorfeld der Konferenz zum 32. Deutschen Orientalistentag, der zwischen dem 23. und 27. September in Münster stattfinden wird, erklärte Professor Bauer, dass neben dem Islam auch das Bild über den Osten hauptsächlich von Stereotypen in Deutschland geprägt ist.

Bauer wies darauf hin, dass die negativen Urteile wie der Islam sei eine intolerante Religion, Afrika besäße keine Geschichte und Chinas Absichten primär schlecht. Das sind Stereotype, die sich immer stärker verfestigen. Professor Bauer hat mit seiner Publikation ‚Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams‘ vor zwei Jahren große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Bauer nähert sich in seinem Buch aus einer historischen und psychologischen Perspektive der islamischen Welt an. Dafür verwendet er den Begriff ‚Ambiguität‘, mit dem er sich gegensätzlich gegenüberstehende Phänomene beschreibt, die allerdings zugleich in einem toleranten Nebeneinander existieren. Diese Form der Toleranz, die bis in das 18. Jahrhundert in der islamischen Welt vorherrschte, existierte in dieser Form in der westlichen Welt nicht. Die Kultur der tolerierten Ambiguität nahm erst mit der Konfrontation mit dem Westen ihr Ende, so Bauer. Dabei verlor die islamische Welt in ihrer Antwort auf den westlichen Imperialismus ihre Fähigkeit zur Toleranz.

Der deutsche Orientalist Professor Reinhard Emmerich erklärt im Zusammenhang mit den stereotypen Vorstellungen, dass Europa der östlichen Kultur gegenüber Respekt zeigen sollte. Im Gespräch mit der Universitätszeitung wissen.leben sagt Emmerich: „Wenn Europa mit Staaten wie China, Japan, Indien und den arabischen Ländern gute Beziehungen unterhalten möchte, so muss sich die Grundhaltung hin zu einer respektvolleren Einstellung ändern.“

Emmerich erinnert daran, dass deutsche Künstler und Denker wie Bertolt Brecht oder Friedrich Rückert ganz wesentlich vom Osten beeindruckt und beeinflusst worden sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt Emmerich hier allerdings eine Lücke fest:

„Die gegenwärtige Kultur und Politik des Nahen Ostens und des asiatischen Raums können nur dann tatsächlich begriffen werden, wenn durch die Augen des Einheimischen darauf gesehen wird.“

Auf der Konferenz der „Deutschen Morgenländischen Gesellschaft des Vorderen Orients“, die in Münster stattfinden wird, werden über 1000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland erwartet. Auf 80 Panels werden 900 Vorträge vorgestellt. Den Eröffnungsvortrag wird die

Orientalistin Professor Gudrun Krämer mit dem Thema „Islam, Säkularisierung und säkulare Prinzipien“ halten.

VIelfalt IN DEN MEDIEN

Muslimischer Sachverständiger für ... Organ/Rat des WDR

Zaman, 24.07.2013, S. 5

Der WDR plant die Aufnahme eines muslimischen Sachverständigen in den Rundfunkrat. Aufgrund der sich im kommenden Jahr verändernden Satzung des WDR, kann ein muslimischer Sachverständiger gewählt oder empfohlen werden, der bei der Berichterstattung über Inhalte islamischer Belange Rat gebend fungiert.

Im Landesparlament von Nordrhein-Westfalen befürworten die Sozialdemokraten und die Grünen einen muslimischen Sachverständigen im Fernseh- und Rundfunkrat.

Der Welt am Sonntag Journalist Till Stoldt erklärte, dass auf diese Weise Christentum, Judentum und Islam gleichwertig behandelt und beachtet werden. Das Ministerium für Medien in Nordrhein-Westfalen hat die Satzung des WDR mit Blick auf die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft reformiert. So können Organisationen aus der Zivilgesellschaft in Zukunft ihre Empfehlung an den Rat richten.

Somit ist das Bundesland Nordrhein-Westfalen Vorreiter in dieser Rolle, wobei der Stadtstaat Bremen als Vorbild gilt. Auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden in den Südwestrundfunk einen muslimischen Sachverständigen wählen. Hier dient wiederum die Praxis des WDRs als Beispiel.

Zuvor soll von seitens der islamischen Organisationen eine Person bestimmt werden. Falls die Organisationen sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, so kann jede Organisation einen eigenen Vorschlag machen.

Die neuen rechtlichen Grundlagen gelten ab dem Jahr 2014 für den WDR. Es wird damit gerechnet, dass spätestens ab dem Jahr 2015 ein Sachverständiger sich mit dem Thema Islam beim WDR befassen wird.

Unter der hohen muslimischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ruft diese Entscheidung Zufriedenheit hervor, zumal der WDR in einer bisher einseitigen Form über die Muslime Bericht erstattet.

VERTRAUENSVERLUST IN MEDIEN UND INSTITUTIONEN

NSU-Morde führen zum Vertrauensverlust in deutsche Medien und Institutionen

Zaman, 19.07.2013, Titelseite und Seite 4

Laut einer in Deutschland durchgeführten Umfrage unter Türken, vertraut die Mehrheit der Befragten mit Blick auf die Aufklärung der NSU-Morde ausschließlich den türkischsprachigen Medien. In diesem Zusammenhang fällt das Vertrauen in die deutsche Regierung, die deutschen Medien und in die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland aus sehr niedrig aus. Das Futureorg-Institut in Dortmund und die Initiative "endax - Ihre Stimme in Deutschland" führten die Umfrage durch. Demzufolge erhoffen sich die befragten Türken überhaupt keine vollständige Aufklärung der NSU-Morde mehr.

Zusätzlich gab über die Hälfte der Befragten an, dass die Bundesregierung keine konzentrierte Kraft für die Aufklärung der NSU-Morde aufwendet. 80% erklärten, dass die NSU-Morde nie aufgeklärt werden.

Insgesamt wurden während dem 23. Mai und dem 24. Juni 1022 Personen befragt. Es wurde nach dem vermuteten Aufklärungsgrad der NSU-Morde mit Blick auf die Regierung, das Gericht, zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienorgane gefragt.

In einem zweiten Teil der Umfrage wurden die in Deutschland lebenden Türken danach befragt, inwiefern die NSU-Morde ihre Leben und ihre Lebenspläne in Deutschland beeinflussen.

64,5 antworteten auf diese Frage, dass sie persönlich durch die NSU-Morde einen Einfluss spüren. Gleichzeitig gab fast ein Drittel der Befragten dennoch an, dass sie sich insgesamt sicher in Deutschland fühlten. Allerdings ergab die Umfrage auch, dass sich Frauen und Hochqualifizierte unter den Befragten am pessimistischsten äußerten, wohingegen die unter 25-jährigen sich positiver äußerten. Das Vertrauen in die Institutionen in Deutschland ist unter dieser Gruppe am höchsten.

Demgegenüber ist das Vertrauen in die türkischen Medien am höchsten. Drei Viertel der Befragten trauen den türkischen Medien eine kritischere Berichterstattung zu als den deutschen Medien.

Der Leiter des Futureorg-Instituts, Kamuran Sezer, gab in einer Erklärung an, dass auch sie vom Ergebnis überrascht gewesen sind. Sezer betont, dass die Reichweite der deutschsprachigen Medien in Deutschland mit der Reichweite der türkischsprachigen Medien in Deutschland nicht zu vergleichen ist und viel höher ist. Aus diesem Grund sind sie über das niedrige Vertrauen in die deutschen Medien überrascht gewesen. Das geringe Vertrauen hängt auch mit der Berichterstattung über die Gezi-Park-Proteste in der Türkei zusammen, so Sezer. Die Befragten gaben an, dass sich die deutschen Medien zu einseitig dazu äußern würden.

Sezer sieht in diesem Ergebnis einen Auftrag an die türkischen Medien, sich der Berichterstattung über den Prozess kontinuierlich und der Aufklärung der Morde kritisch zu widmen.

Kathleen Brussow, Analystin am Futureorg-Institut erklärt zur Studie, dass die Einstellung der unter 25-jährigen gegenüber den Institutionen in Deutschland und in die deutsche Gesellschaft am positivsten ist. Gleichzeitig gaben sie an, dass die NSU-Morde ihre Lebenspläne durchaus beeinflussen. Inwieweit diese Einflüsse bestehen, wird in einer zweiten Studie zu erforschen sein, so Brussow, die im Anschluss an die erste Umfrage folgen wird.

DÄNEMARK

Verbot von Eheschließungen zwischen Cousins und Cousinen

Hürriyet, 23.07.2013, S. 11

Der Kopenhagener sozialdemokratische Stadtrat Lars Aslan Rasmussen verlangt das Verbot von Ehen zwischen Verwandten. Rasmussen beobachtet einen deutlichen Anstieg von Eheschließungen unter Migranten zwischen nahen Verwandten.

Lars Aslan Rasmussen, dessen Vater Türke und Mutter Dänin ist erklärt, dass der Anteil von Kindern mit Behinderungen an privaten Schulen deutlich gestiegen ist: „Natürlich werden und möchten wir den betroffenen Familien gemeinsamen mit ihren Kindern helfen. Gleichzeitig ist es wichtig, die Eheschließungen zwischen Verwandten zu verhindern“, erklärt Rasmussen.

Insgesamt gibt es vier Schulen für Kinder mit Behinderung in Kopenhagen. Sie gehören der Gemeinde. An den Schulen selbst gibt es zwischen 54% und 67% Kinder aus Migrantenfamilien.

FRANKREICH

Burka-Debatte in Frankreich geht weiter

Hürriyet, 22.07.2013, S.11

In Trappes im Südwesten von Paris führte die Personenkontrolle einer Burkaträgerin durch Polizisten zu erneuten gewaltsamen Ausschreitungen. Die junge Frau wurde während einer Straßenkontrolle mit einer Ordnungsstrafe belegt. Die Kritik richtet sich gegen das Vorgehen der Polizei. Sowohl die Frau als auch die Mutter der Frau wurden laut der Betroffenen aggressiv angesprochen. Nach dem Vorfall kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den Demonstranten und der Polizei.

Seit dem April 2011 gilt in Frankreich das Vollverschleierungs-Verbot. Wer sein Gesicht in der Öffentlichkeit verhüllt, muss mit einem Bußgeld von 150 Euro rechnen.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN
UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT.
ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG
DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE
UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.